

## Public Opinion Kurzanalyse 24. Juni 2009

### Interessante Ausgangslage für deutsche Wahlen

### Mehrheit für CDU/CSU und FDP im Bund möglich

### Schlechte Werte für SPD und Linke

### Am 30. August Probegalopp bei Landtagswahlen in Saarland, Sachsen und Thüringen

In den letzten Tagen sind in Deutschland die ersten Umfragen nach den Europawahlen veröffentlicht worden. Die Europawahlen endeten bekanntlich mit dem historischen Tiefststand der SPD von 20,8 Prozent, während CDU/CSU auf 37,9 Prozent, die Grünen auf 12,1 Prozent, die FDP auf 11 Prozent und die Linken auf für sie enttäuschende 7,5 Prozent kamen und auf rechte und andere Splitterlisten 10,8 Prozent entfielen.

Allensbach ermittelte in ihrer am 17. Juni in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlichten Umfrage folgende Werte (in Klammer das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 bzw. die Differenz in Prozent)

CDU/CSU	36,0 %	(35,2 % +0,8 %)
SPD	24,5 %	(34,2 % -9,7 %)
FDP	14,5 %	(9,8 % +4,7 %)
Grüne	11,5 %	(8,1 % +3,4 %)
Linkspartei	9,5 %	(8,7 % +0,8 %)
Sonstige	4,0 %	(4,0 % +/-0,0 %)

Auch Infratest/IMAP ermittelte ähnliche Werte:

CDU/CSU	36 %
SPD	25 %
FDP	14 %
Grüne	13 %
Linke	9 %

Bemerkenswert neben dem schlechten Abschneiden der SPD ist, dass die Linken rückläufig sind. CDU/CSU und FDP hätten gegenwärtig eine parlamentarische Mehrheit, sodass die ungeliebte große Koalition, die in Deutschland als demokratiepolitische Anomalie gilt und die es bisher nur zwischen 1966 und 1969 bzw. durch das Wahlrecht erzwungen seit 2005 gab bzw. gibt, durch eine „kleine“ abgelöst werden könnte.

In der Kanzlerfrage führt Angela Merkel laut Allensbach deutlich mit 43 zu 22 Prozent gegenüber Frank-Walter Steinmeier, bei Infratest/IMAP fällt der Vorsprung mit 60 zu 27 Prozent noch deutlicher aus.

Bemerkenswert sind die von Allensbach erhobenen großen Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland, also den „alten“ und „neuen“ Ländern. Im Westen kommen CDU/CSU auf 37,5, im Osten nur auf 29 Prozent. Die Werte der SPD sind 25 bzw. 22,5. Die Linke erreicht im Osten 24 Prozent, im Westen nur 6 Prozent, dafür sind FDP und Grüne im Westen wesentlich stärker verankert.

### Deutliche Unterschiede zwischen Zweit- und Erststimmen

Für das Gesamtergebnis zählen bei den Bundestagswahlen nur die sogenannten „Zweitstimmen“, also die Stimmen für die Parteilisten, während mit der „Erststimme“ im jeweiligen Einer-Wahlkreis der Direktkandidat jener Partei gewählt wird, die die meisten Stimmen auf sich vereint, also in der Regel CDU/CSU und SPD-Kandidaten und im Osten einige Vertreter der Linken, während FDP und Grüne hier de facto chancenlos sind. Das führt dazu, dass die Erst- und Zweitstimmen beträchtlich voneinander abweichen – CDU/CSU hatten bei der Bundestagswahl mit 40,9 Prozent um 5,7 Prozent mehr Erststimmen, die SPD um 4,1 Prozent mehr, während alle anderen Parteien weniger

„Erststimmen“ erhielten – Grüne -2,7, FDP -5,1, Linke -0,8 . Das bedeutet, dass viele CDU/CSU-Erststimmenwähler mit der bundesweit entscheidenden Stimme die FDP wählten und vice versa Grüne-Wähler die SPD unterstützten und damit auch Koalitionspräferenzen zum Ausdruck kamen. Um in den Bundestag bzw. in die Landtage zu kommen, müssen die Parteien entweder 5 Prozent der Zweitstimmen oder Direktmandate erreichen.

### **Drei CDU-Ministerpräsidenten müssen ihre Mehrheit verteidigen**

Ein wichtiges Stimmungsbarometer für die Bundestagswahlen im September werden die Landtagswahlen in drei deutschen Bundesländern am 30. August sein. Überall müssen CDU-Ministerpräsidenten ihre Mehrheit verteidigen – im Saarland Peter Müller, in Sachsen Stanislaw Tillich, der Georg Millbradt und Kurt Biedenkopf nachgefolgt ist, und in Thüringen Dieter Althaus, der zu Jahresbeginn in der Steiermark in einen Schiunfall mit tödlichem Ausgang verwickelt war und selbst schwer verletzt wurde. Im Saarland, der Heimat von Oskar Lafontaine, der dort selbst bereits für die SPD Ministerpräsident war, wird überdies mit Spannung das Abschneiden der von ihm geführten Linkspartei, die dort erstmals antritt, erwartet.

Bei den Landtagswahlen im Jahr 2004 erhielten die Parteien folgende Prozentpunkte

#### **Saarland**

CDU	47,5 %
SPD	30,8 %
Grüne	5,6 %
FDP	5,2 %

Der Rest entfiel auf Sonstige, u.a. die NPD mit 4,0 Prozent, die an der 5 Prozent-Hürde scheiterte.

#### **Sachsen**

CDU	41,1 %
SPD	9,8 %
PDS	23,6 %
FDP	5,9 %
Grüne	5,1 %
NPD	9,2 %

Hier wurden die Rechtsradikalen, die in den Landtag einzogen, nahezu so stark wie die SPD, die gegenüber der postkommunistischen Linken nahezu marginalisiert wurde.

#### **Thüringen**

CDU	43,0 %
SPD	14,5 %
PDS	26,1 %

Alle anderen Parteien – Grüne, FDP und Rechtsradikale – scheiterten an der 5 Prozent-Klausel.

In diesen drei Bundesländern wurden gemeinsam mit den Europawahlen Kommunalwahlen abgehalten, die eventuell Rückschlüsse auf die bevorstehenden Landtagswahlen zulassen.

Überall behauptete sich die CDU als stärkste Partei, wenn auch unter teils herben Verlusten. In Sachsen verlor die CDU 11,2 Punkte und kam landesweit auf 32,7 Prozent. Ein Hoffnungsschimmer: In den Großstädten stürzte die SED-PDS-Linkspartei regelrecht ab, etwa in Dresden von 23,8 auf 16,2 Prozent. Die Freien Wähler kamen landesweit auf 24,4 Prozent und sind nun zweitstärkste Kraft. Die Sachsen-SPD bleibt mit 10,9 Prozent kaum wahrnehmbar.

In Thüringen kam die CDU landesweit auf 33,4 Prozent, ein Verlust von 6,3 Punkten. Allerdings stürzte sie in der Hauptstadt Erfurt von knapp 40 auf 22,8 Prozent. Wie auch in Sachsen verlor die Thüringer SED-Linkspartei an Boden, sie fiel landesweit von 24,6 auf 20,7 Prozent und liegt nun praktisch gleichauf mit der SPD, die von 15,6 auf 20,2 Prozent zulegen. Auffällig der Zugewinn der Thüringer FDP, die von 4,7 auf 7,3 Prozent kletterte.

Die Saar-CDU musste mit 8,4 Punkten empfindliche Verluste hinnehmen und kam auf 37,3 Prozent. Ebenfalls Federn lassen musste die Saar-SPD, die von 37,3 auf 33,5 Prozent fiel. Die SED-PDS-Linkspartei unter Oskar Lafontaine schnellte von 0,4 auf 10,7 Prozent.

Umfragen vom März (wahlrecht.de) ergaben folgendes Bild:

Sachsen:

CDU	42 %
Linke	20 %
SPD	18 %
FDP	9 %
Grüne	6 %

Thüringen:

CDU	29 %
Linke	25 %
SPD	18 %
FDP	8 %
Grüne	4 %

Rückfragen bitte an Herwig Hösele +43 664 18 17 481 bzw. [herwig.hoesele@publicopinion.at](mailto:herwig.hoesele@publicopinion.at)